

# Detaillierte Gliederung

<b>A. Einleitung und Problemfaltung .....</b>	<b>29</b>
<b>I. Grundlegende Ausführungen zur Blickrichtung des anschließenden Gedankenganges .....</b>	<b>30</b>
1. Die herkömmlicherweise in Rspr. und Literatur verwendeten Vorteilsdefinitionen .....	30
2. Die daraus ableitbaren Problemfelder.....	31
a) Die mit einer Besserstellung im Rahmen der §§ 331 bis 334 StGB verbundenen Grundfragestellungen .....	31
b) Besonderheiten bei §§ 335a und 108b StGB .....	32
c) Übertragbarkeit der herausgearbeiteten Erkenntnisse auf § 108e StGB .....	32
<b>II. Die kritische Aufnahme des Diskussionsstandes und die darauf beruhende (inhaltliche) Schwerpunktbildung der vorliegenden Untersuchung. ....</b>	<b>32</b>
1. Die Blickrichtung der dieser Arbeit vorangegangenen wissenschaftlichen Stellungnahmen zum Vorteilsbegriff.....	32
a) Die Erörterung von deren gemeinsamer Vorgehensweise ..	32
b) Exemplarischer Nachweis anhand der Untersuchungen von Bauchrowitz und Gribl.....	33
2. Die für die vorliegende Arbeit maßgebliche inhaltliche Maxime .....	34
<b>III. Der sich daraus ergebende (äußerliche) Ablauf der vorliegenden Arbeit.....</b>	<b>35</b>
1. Die Darstellung der (Grob-)Schritte des zunächst nachfolgenden Gedankenganges .....	35
a) Die Festlegung des geschützten Rechtsgutes der §§ 331ff. StGB (Kapitel B).....	35
b) Die Herausarbeitung der grundsätzlichen Erkenntnisse zur Auslegung des Vorteilsbegriffes (Kapitel C) .....	35
c) Lösung der mit dem "Vorteil" zusammenhängenden Einzelprobleme .....	35
2. Vorgreifende Ausführungen zur Untersuchung von Gribl .....	35

B. Das geschützte Rechtsgut der §§ 331ff. StGB .....	37
I. Der Begriff des Rechtsgutes .....	38
1. Die Entstehungsgeschichte des Fachwortes "Rechtsgut" und seine Funktionen in der modernen Strafrechtslehre.....	39
a) Die Aufgaben des Rechtsgutes.....	40
aa) Innerstrafrechtliches Arbeitsmittel .....	40
bb) Mittel zur Analyse bestehender oder geplanter Geset- ze.....	41
(1.) Negative Funktion.....	41
(2.) Aufgabe des Strafrechtes.....	42
(3.) Systematisierung .....	43
b) Die Prämisse einer "einheitlichen" Lehre vom Rechtsgut...	43
2. Die maßgeblichen Kriterien zur Inhaltsbestimmung des all- gemeinen Begriffes Rechtsgut .....	44
a) Eine grundlegende Überlegung und die sich bereits aus ihr ergebenden Folgerungen.....	45
aa) Der Ausgangspunkt des nachfolgenden Gedanken- ganges .....	45
(1.) Rechtsgüterbestimmung mittels vorpositiver Kriterien .....	45
(2.) Der Mensch als entscheidender Fixpunkt .....	46
bb) Die Entwicklung des für diese Arbeit maßgeblichen Menschenbildes in seiner grundsätzlichen Ausprä- gung .....	47
(1.) Das Grundgesetz .....	48
(2.) Der geistesgeschichtliche Hintergrund dieser Menschenauffassung .....	49
(3.) Das Menschenbild des Grundgesetzes als Kon- sens einer ehrwürdigen Tradition.....	50
cc) Die sich bereits hieraus ergebenden Konsequenzen für den Inhalt des Rechtsgutsbegriffes.....	51
(1.) Die Entfaltungsvoraussetzungen und -bedingun- gen des Einzelnen für sein freiheitliches Dasein als Inhalt des Rechtsgutsbegriffes .....	51
(2.) Rechtsgüter können nicht von der Allgemein- heit her konzipiert werden.....	54
b) Die weitergehende Konkretisierung des Inhaltes des Rechts- gutsbegriffes mit ihren Auswirkungen.....	54

aa)	Die Klarstellung des dieser Untersuchung zugrundegelegten Menschenbildes sowie die sich daraus ergebenden Einsichten .....	54
bb)	Die Abhängigkeit der Rechtsgüter in Entstehung und Bestand von der Anerkennungsleistung des (der) Anderen .....	57
cc)	Die wesentlichen Unterschiede zu anderen personalen Rechtsgutslehren .....	59
	(1.) Exemplarische Erörterung von Hohmann, M. Marx und Roxin .....	59
	(2.) Hassemer .....	60
c)	Die skizzenhafte Darstellung der Entfaltungsvoraussetzungen und -bedingungen des Individuums .....	61
aa)	Die Elemente der Person – Leben, Körper, Eigentum, faktische Freiheit .....	62
bb)	Die Elemente der Gesellschaft – etwa: der vertrauensvolle Umgang mit Urkunden .....	64
cc)	Die Elemente des Staates – Legislative, Judikative und Exekutive .....	67
dd)	Zwischenergebnis .....	69
d)	Zusammenfassung der bisherigen, wesentlichen Ergebnisse der vorliegenden Arbeit sowie die sich daraus ergebenden Perspektiven für die weitere Untersuchung .....	70
aa)	Kurzdarstellung der bislang herausgearbeiteten Einsichten .....	70
bb)	Die Rechtsgüter in einem "größeren Sachzusammenhang" .....	71
cc)	Die Blickrichtung der nachfolgenden Ausführungen .	72
dd)	Exkurs: Eine wie hier konzipierte personale Rechtsgutslehre als taugliches Mittel zur Begrenzung des Strafgesetzgebers .....	73
II.	Die Fixierung der durch §§ 331ff. StGB geschützten Entfaltungsvoraussetzung des Einzelnen für sein freiheitliches Dasein .....	74
1.	Grundsätzliches über den (äußerlichen) Ablauf der nachfolgenden Ausführungen .....	75
a)	Die Darstellung der Vorgehensweise der dieser Arbeit vorangegangenen Untersuchungen .....	75
b)	Der gedankliche Weg der vorliegenden Untersuchung .....	75
2.	Fortführung des projektierten Gedankenganges .....	76
a)	Festlegung der Angriffsebene .....	77

b)	Die Erörterung derjenigen Entfaltungsvoraussetzung des Einzelnen für sein freiheitliches Dasein, die durch die in den §§ 331ff. StGB unter Strafe gestellten Angriffe tangiert wird.....	77
aa)	Einleitende Bemerkungen.....	78
	(1.) Der äußerliche Ablauf der anschließenden Ausführungen .....	78
	(2.) Grundsätzliches zur Unrechtsvereinbarung.....	78
bb)	Die Skizzierung der Aufgabenstellung des Staates und die bereits daraus in Verbindung mit dem bisherigen Kenntnisstand ableitbaren Konsequenzen .....	78
	(1.) Die Grundfunktion des Staates.....	78
	(2.) Ihre Realisation über einzelne Menschen – Funktionsträger.....	80
	(3.) Die Auswirkungen einer Unrechtsvereinbarung in diesem Zusammenhang.....	80
	(4.) Die sich daraus ergebende Folgerung .....	82
cc)	Die weitergehende Konkretisierung der in den §§ 331ff. StGB unter Strafe gestellten Angriffe und die sich daraus im Zusammenhang mit der Funktion des Staates ergebenden Folgerungen .....	82
	(1.) Der Blickwinkel der Überlegungen.....	83
	(2.) Die gedankliche Verbindung des Einzelnen zum Staat.....	85
	(3.) Auswirkungen irgendeiner Unrechtsvereinbarung auf die Beziehung zwischen Einzelnem und Staat.....	87
	(4.) Zurückleitung des Gedankenganges.....	89
c)	Zwischenergebnis.....	90
3.	Das Aufzeigen der wesentlichen Unterschiede im Vergleich mit anderen Meinungen .....	91
a)	Exemplarische ältere Auffassungen – vor allem Baumann.	91
b)	Exemplarische neuere Auffassungen – insbesondere Baehrowitz, Gribl und Graupe .....	92
aa)	Darstellung.....	92
bb)	Der Unterschied.....	93
c)	Zusammenfassende Würdigung .....	94

C. Die Herausarbeitung der grundsätzlichen Erkenntnisse zur Auslegung des Vorteilsbegriffes .....	97
I. Das nochmalige Aufgreifen einiger, bereits zuvor niedergelegter Einsichten sowie die zur Ausrichtung zusätzlich notwendigen Überlegungen .....	97
1. Die Fixierung des Anknüpfungspunktes und die Vertiefung der Betrachtungsweise .....	97
a) Unrecht als Negation richtiger Zustände.....	97
aa) Innerliche und äußerliche Negation.....	98
bb) Die Minimalanforderungen an den (strafrechtlichen) Handlungsbegriff.....	99
b) Bedeutung für die teleologische Auslegung im allgemeinen.....	100
2. Konsequenzen für die §§ 331ff. StGB.....	102
II. Die weitergehende Konkretisierung der herausgearbeiteten Fragestellung sowie die Erörterung der darauf beruhenden Erkenntnisse.....	103
1. Der eigentliche Gedankengang.....	103
a) Der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der Konzeption der Strafgesetze .....	103
b) Die Erläuterung der (äußerlichen) Vorgehensweise .....	105
c) Die Darstellung der in den §§ 331ff. StGB enthaltenen unterschiedlichen Distanzen zur Verletzung des jeweiligen Schutzgegenstandes an Hand eines (fiktiven) Beispielsfalles .....	106
aa) Erstes (exemplarisches) Stadium – Vorbereitungs- handlungen .....	107
bb) Zweites (exemplarisches) Stadium – konkrete Gefährdung/Verletzung .....	108
cc) Denkbare Fortsetzung.....	109
d) Übertragung der nur (exemplarisch) gewonnenen Erkenntnisse auf die §§ 331ff. StGB insgesamt .....	110
2. Daneben festzuhaltende Einsichten .....	111
a) Die Bestechungsdelikte gehören keiner einheitlichen Deliktsskategorie an – zugleich Ablehnung des systematischen Ansatzes von Gribl.....	111
b) Exkurs: Eine wie hier konzipierte personale Rechtsgutslehre (ergänzt um einige Anschlußüberlegungen) als zusammenhängender Begründungsrahmen des Strafrechtes ..	112

III. Die endgültige Herausarbeitung der für die inhaltliche Klarstellung des Vorteilsbegriffes der §§ 331ff. StGB notwendigen gedanklichen Position .....	114
1. Die Erläuterung der grundsätzlichen Ausrichtung der folgenden Überlegungen.....	115
a) Eine vom bisherigen Kenntnisstand ausgehend naheliegende, aber dennoch unzutreffende Vorgehensweise .....	115
b) Einheitliche Fragestellung für den Vorteilsbegriff.....	117
2. Fortführung des projektierten Gedankenganges .....	118
a) Die Grundlage der anschließenden Ausführungen sowie die Fixierung der damit verbundenen Erkenntnisse.....	118
aa) Das erneute Aufgreifen einiger bereits niedergelegter Einsichten sowie das Herausstellen der für unsere Überlegungen maßgeblichen Frage .....	118
bb) Die Ablehnung der Lehre von der sozialen Adäquanz als Begrenzungskriterium neben dem Ansatz dieser Untersuchung.....	119
b) Die nochmalige Vertiefung des bisherigen Kenntnisstandes sowie die daraus ableitbaren Einsichten .....	122
aa) Erläuterung der Blickrichtung der anschließenden Ausführungen .....	122
(1.) Die Konsequenzen einer zu frühzeitigen Auflösung des Gedankenganges und damit zugleich Begründung des gemeinsamen weiteren (äußerlichen) Ablaufes der vorliegenden Arbeit .....	122
(a) Widerspruch mit einer Maxime dieser Untersuchung.....	123
(b) Die Gefahr, sich in Einzelproblemen zu verlieren .....	123
(c) Zusammenfassung .....	124
(2.) Die inhaltliche Ausrichtung des nachfolgenden Gedankenganges .....	124
bb) Die skizzenhafte und im wesentlichen nur exemplarische Darstellung des (inhaltlich) Gemeinsamen und Verbindenden an strafwürdigem, vorsätzlichem Unrecht .....	126
(1.) Die (drei) Formen des Unrechtes in Hegels "Grundlinien der Philosophie des Rechtes" .....	127
(a) Das Recht als (notwendige) Ausgangsbasis für das Verständnis von Unrecht .....	127

(b)	Das "unbefangene oder bürgerliche Unrecht", "der Betrug" und "das Verbrechen"	127
(c)	Die daraus folgende Arbeitshypothese .....	128
(2.)	Die darauf aufbauende Darstellung anhand eines (fiktiven) Beispielles .....	129
(a)	Grundsachverhalt – zugleich: Erstes Stadium – richtige Zustände .....	129
(b)	Zweites Stadium – zivilrechtliches Unrecht .....	129
(c)	Drittes Stadium – strafwürdiges Unrecht...	130
(d)	Der Unterschied zwischen zivilrechtlichem und strafwürdigem Unrecht im Hinblick auf die Nichtanerkennung fremder Freiheit im besprochenen Fall .....	132
(e)	Zwischenergebnis .....	133
(3.)	Übertragung des gefundenen Ergebnisses auf das Strafrecht insgesamt.....	133
(a)	Andere Elemente der Person.....	134
(b)	Elemente der Gesellschaft und des Staates	135
(4.)	Zusammenfassung .....	136
cc)	Die Erörterung des (inhaltlich) Gemeinsamen und Verbindenden an strafwürdigem, vorsätzlichem Unrecht gegenüber dem Staat sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für unsere Überlegungen....	137
(1.)	Ausrichtung des Gedankenganges .....	137
(2.)	Exkurs: Würdigung des in dieser Untersuchung über deren eigentlichen Themenkreis hinaus enthaltenen Potentials.....	138
(3.)	Vorläufige (inhaltliche) Bestimmung von strafwürdigem, vorsätzlichem Unrecht gegenüber dem Staat.....	139
(a)	Aufgreifen einiger bereits in anderem Zusammenhang herausgearbeiteter Einsichten .....	139
(b)	Unrecht als Gegensatz zum Recht .....	140
(c)	Die Verknüpfung dieser Erkenntnisse und die sich daraus ergebende Folgerung.....	140
(4.)	Endgültige (inhaltliche) Bestimmung von strafwürdigem, vorsätzlichem Unrecht gegenüber dem Staat.....	142

(5.) Der hieraus ableitbare Gewinn für den Themenkreis der vorliegenden Arbeit .....	144
(6.) Die nochmalige, ausdrückliche Klarstellung des anschließend maßgeblichen Blickwinkels: "Außenperspektive" .....	145
dd) Die Festlegung der für die Klarstellung des Vorteilsbegriffes der §§ 331ff. StGB notwendigen, gedanklichen Position.....	146
(1.) Das Aufgreifen einiger bereits in anderem Zusammenhang herausgearbeiteter Einsichten.....	146
(a) Der für unsere Überlegungen entscheidende Zusammenhang sowie die daraus ableitbare Erkenntnis .....	146
(b) Eine erste Verallgemeinerung .....	148
(2.) Erweiterung des Blickfeldes auf die §§ 331ff. StGB insgesamt .....	148
(a) Nochmalige exemplarische Bestätigung des gefundenen Ergebnisses .....	149
(b) Genauere (inhaltliche) Fixierung der herausgearbeiteten Einsicht und erneuter systematischer Nachweis von deren Richtigkeit .....	150
(3.) Zusammenfassung .....	151
ee) Die hieraus ableitbare Konsequenz für den Vorteilsbegriff der §§ 331ff. StGB.....	151
c) Eine erste vorläufige und noch in mehrfacher Hinsicht ergänzungsbedürftige Vorteilsdefinition.....	152
4. Gedankliche Überleitung zu den mit dem Vorteilsbegriff zusammenhängenden Einzelproblemen .....	153
5. Zuvor festzuhaltende Einsichten.....	153
a) Die notwendige begriffliche Abhängigkeit des "Vorteils" von den anderen gemeinsamen Komponenten aller in den §§ 331ff. StGB unter Strafe gestellten Verhaltensweisen ...	153
b) Das Nichtbestehen der Gefahr einer "... allzu rechtsgutsorientierten Interpretation" (Gribl).....	155



D. Die (ausführliche) Erörterung der mit dem Vorteilsbegriff der §§ 331ff. StGB zusammenhängenden, einzelnen Problemstellungen ....	157
I. Grundsätzliches über den äußerlichen Ablauf der nachfolgenden Ausführungen und die für sie (inhaltlich) als Richtpunkt maßgebliche gedankliche Maxime.....	157
1. Die Erörterung der angesprochenen Punkte und die sich hieraus ergebende Gliederung der nachfolgenden Ausführungen ..	157
a) Der Vergleich der Leistungsfähigkeit des im Rahmen dieser Arbeit entwickelten Standpunktes mit den bislang vortragenen Auffassungen (Kapitel D III.).....	158
b) Erste Stufe der Konkretisierung unseres Themenkreises (Kapitel D IV.) .....	158
c) Anschließende zweite Stufe (Kapitel D V.) .....	158
2. Die dafür notwendige Basis: Klärung einiger Begriffe (Kapitel D II.) .....	159
II. Die Begriffe unmittelbare wirtschaftliche und unmittelbare immaterielle sowie sonstige mittelbare Besserstellung .....	159
1. Die Besserstellung .....	159
2. Die Abgrenzung der mittelbaren und unmittelbaren Besserstellungen.....	160
3. Die Differenzierung zwischen unmittelbaren wirtschaftlichen und unmittelbaren immateriellen Besserstellungen .....	161
a) Einleitende Anmerkungen.....	161
aa) Gründe für die Schwierigkeiten bei der begrifflichen Festlegung.....	161
bb) Die Projektierung der anschließenden Vorgehensweise .....	162
b) Die begriffliche Festlegung der unmittelbaren wirtschaftlichen und unmittelbaren immateriellen Besserstellungen ....	162
aa) Erste Differenzierungskriterien .....	163
(1.) Der Vermögensbegriff des Betruges .....	164
(2.) Analyse mit Hilfe der in den Standardkommentaren angegebenen Beispiele .....	165
bb) Notwendige Ergänzung .....	165
cc) Zusammenfassung .....	166
c) Die ansonsten im Zusammenhang mit dem Vorteilsbegriff verwendeten Fachwörter und deren Bedeutung für die Differenzierung der Besserstellungen .....	167
aa) "objektiv-materieller Vorteil" .....	167

bb) "materieller Vorteil" .....	168
cc) "objektive Meßbarkeit" .....	168
4. Zwischenergebnis .....	169
III. Der Nachweis der höheren Leistungsfähigkeit des hier entwickelten Standpunktes gegenüber den bislang vorgetragenen Auffassungen .....	170
1. Die ergänzte Vorteilsdefinition.....	171
2. Die Darstellung der jeweiligen Unterschiede zu den anderen Auffassungen .....	171
a) Im Bereich der unmittelbaren wirtschaftlichen Besserstellungen.....	171
aa) Starre Wertgrenze nach Kaiser .....	171
bb) Der abweichende Blickwinkel dieser Untersuchung ..	172
cc) Würdigung.....	173
b) Im Bereich der unmittelbaren immateriellen Besserstellungen.....	174
aa) Eine exemplarische ältere Meinung: Die sog. "objektiv-materielle Vorteilsauffassung" .....	174
bb) Eine exemplarische neuere Ansicht: Die Begrenzung des Vorteilsbegriffes über das Kriterium der objektiven Meßbarkeit.....	174
cc) Feuerbach .....	175
(1.) Darstellung der weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung mit der hier vertretenen Position ..	175
(2.) Das allerdings verbleibende Defizit im Leistungsvermögen.....	176
dd) Zusammenfassende Würdigung.....	177
c) Im Hinblick auf die sonstigen mittelbaren Besserstellungen.....	177
aa) Die Skizzierung des derzeitigen Meinungsstandes.....	178
(1.) Der von Rudolphi geprägte Ausgangspunkt aller Überlegungen .....	178
(2.) Die sich daraus ergebenden (zwei) Standpunkte in Rspr. und Literatur .....	178
bb) Die sich aus dem derzeitigen Meinungsstand ergebende gemeinsame Auswirkung für alle Auffassungen als grundlegender Unterschied zu dem im Rahmen der vorliegenden Arbeit entwickelten Lösungsansatz .....	179

(1.) Die Darstellung der angesprochenen Auswirkung anhand einer Entscheidung des BGH vom 03.12.1987 (= BGH St 35, 128ff.) .....	179
(a) Aus der Argumentation des BGH selbst abgeleitet.....	180
(b) Vom gegenteiligen Standpunkt aus gesehen (insbesondere Gribl).....	181
(c) Zwischenergebnis .....	181
(2.) Der Nachweis des Unterschiedes zu der hier vertretenen Auffassung .....	182
cc) Die hieraus ableitbare Folgerung – zugleich Würdigung .....	182
d) Zusammenfassung.....	182
IV. Eine erste Konkretisierung des zuvor herausgearbeiteten Standpunktes .....	183
1. Einleitende Anmerkungen .....	183
a) Der regelmäßig undifferenzierte Hinweis auf die Komponente "keinen Anspruch" und die sich daraus ergebende Zielsetzung der anschließenden Ausführungen.....	183
b) Eine ergänzende Bemerkung zum Umfang der Ausführungen .....	184
2. Vertiefende Betrachtung.....	185
a) Situation 1: Der Besserstellungsanspruch leitet sich aus der hoheitlichen Amtsstellung des Funktionsträgers ab.....	185
b) Situation 2: Der Besserstellungsanspruch ergibt sich aus der privatrechtlichen Teilnahme des Funktionsträgers am Rechtsverkehr.....	186
aa) Klarstellung des Unterschiedes anhand eines (fiktiven) Beispiels.....	186
bb) Ergebnis .....	187
3. Zusammenfassung des jetzigen, zum allgemeinen Vorteilsbegriff der §§ 331ff. StGB herausgearbeiteten Kenntnisstandes..	188
a) Die darauf beruhende Vorteilsdefinition.....	188
b) Eine daneben festzuhaltende Einsicht.....	188
V. Eine zweite Konkretisierung des zuvor herausgearbeiteten Standpunktes .....	189
1. Eine grundsätzliche Anmerkung.....	189
a) Abgrenzungskriterien können nur auf den bereits niedergelegten Erkenntnissen aufbauend gewonnen werden.....	189

b) Der gedankliche Richtpunkt der nachfolgenden Überlegungen.....	189
2. Die Darstellung des von Geerds – in freilich anderem Zusammenhang – entwickelten Standpunktes .....	190
3. Die Erörterung der Übertragbarkeit des Lösungsansatzes von Geerds in den Gedankengang der vorliegenden Untersuchung .....	191
a) Die von Geerds angeführten Kriterien sind auch hier von (maßgeblichem) Interesse .....	191
b) Exemplarischer Aufweis dieser Tatsache an Hand eines – weitgehend einer Entscheidung des BGH (BGH St 39, 45ff.) nachempfundenen – Falles.....	191
4. Die (noch weiter verdeutlichende) Darstellung der Wirkungsweise der zuvor aufgezeigten Kriterien .....	193
5. Zusammenfassung .....	194
6. Die Untersuchung von Hardtung .....	195
a) Die Darstellung von deren inhaltlicher Ausrichtung auf eine andere Fragestellung .....	195
b) Würdigung dieser Vorgehensweise.....	196
 E. Besonderheiten bei "der Schiedsrichtervergütung" und der Wählerbestechung .....	197
 I. "Die Schiedsrichtervergütung" (§§ 331 Abs.2, 332 Abs.2, 333 Abs.2 und 334 Abs.2 StGB).....	197
1. Grundlegende Bemerkungen .....	197
a) Die gedankliche Ausrichtung der nachfolgenden Ausführungen .....	197
b) Der Begriff "der Schiedsrichtervergütung" beruht auf einer sprachlichen Ungenauigkeit.....	197
2. Einige grundsätzliche und deshalb skizzenhafte Ausführungen zum schiedsrichterlichen Verfahren und der Vergütungsanspruch des Schiedsrichters.....	198
3. Die daraus unter Verknüpfung mit dem Erkenntnisstand dieser Untersuchung ableitbare Folgerung .....	198
4. Zusammenfassung .....	199
II. Die Wählerbestechung (§ 108b StGB) .....	199
1. Einleitende Anmerkung und Zielsetzung des anschließenden Gedankenganges .....	199
2. Das in der Wählerbestechung verkörperte Unrecht.....	199

a) Das erneute Aufgreifen einiger bereits niedergelegter Erkenntnisse.....	200
b) Die Festlegung des Schutzgegenstandes von § 108b StGB mit Hilfe dieser Einsichten.....	200
c) Zusammenfassung.....	201
3. Die hieraus unter Verknüpfung mit dem Kenntnisstand der vorliegenden Arbeit ableitbare Vorteilsdefinition der Wählerbestechung .....	201
<b>F. Die Übertragbarkeit der zuvor gewonnenen Einsichten auf die Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB) .....</b>	<b>203</b>
I. Einleitende Anmerkung.....	203
II. Die Festlegung des geschützten Rechtsgutes des betreffenden Tatbestandes .....	203
1. Der Anknüpfungspunkt des Gedankenganges: Die Aufgabenstellung des Staates .....	204
2. Die Darstellung des in § 108e StGB enthaltenen Unrechtes und die auf der Basis dieser Einsicht ableitbare Intention der Abgeordnetenbestechung.....	205
3. Zusammenfassung: Die Festlegung des geschützten Rechtsgutes.....	206
4. Eine weitere Einsicht .....	206
III. Die Herausarbeitung der von § 108e StGB erfaßten Zuwendungen .....	207
1. Eine letzte (notwendige) Erweiterung des Blickfeldes .....	207
2. Die Zuwendungen im Sinne der Abgeordnetenbestechung.....	207
<b>G Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse dieser Untersuchung ..</b>	<b>209</b>
I. Zum (eigentlichen) Thema der vorliegenden Arbeit .....	209
1. Kapitel B: Das geschützte Rechtsgut der §§ 331ff. StGB .....	210
2. Kapitel C: Die Herausarbeitung der grundsätzlichen Erkenntnisse zur Auslegung des Vorteilsbegriffes der §§ 331ff. StGB .....	211
3. Kapitel D: Die (ausführliche) Erörterung der mit dem Vorteilsbegriff der §§ 331ff. StGB zusammenhängenden, einzelnen Problemstellungen – ab hier zugleich: Festhalten der Endergebnisse .....	214
4. Abweichungen im Hinblick auf "die Schiedsrichtervergütung" (§§ 331 Abs.2, 332 Abs.2, 333 Abs.2 und 334 Abs.2 StGB)....	215

5. Die von § 108e StGB erfaßten Zuwendungen .....	216
II. Der umfängliche, allgemeine Begründungsrahmen dieser Arbeit als notwendige Voraussetzung für die vorstehenden Einsichten....	216
Anhang: Literaturverzeichnis .....	219